



Kundgebung: In der Mielestraße versammeln sich IG Metall-Mitglieder aus Betrieben in Bielefeld, dem Altkreis Halle, Schloß Holte und Herford, um die Forderungen ihrer Gewerkschaft zu bekräftigen.

FOTOS: CHRISTIAN WEISCHE

1.800 Metaller machen Druck

Tarifkonflikt: Bei einer Gewerkschaftskundgebung zeigen die Teilnehmer ihre Bereitschaft zur Ausweitung von Streiks in der Metall- und Elektrobranche

Von Sebastian Kaiser

■ **Bielefeld.** 100.000 Beschäftigte sind NRW-weit bereits auf die Straße gegangen, um die Forderungen der IG Metall in den Tarifverhandlungen der Metall- und Elektroindustrie zu unterstützen. In Bielefeld waren es jetzt 1.800 Metaller. Vor dem Miele-Werk an der Schildescher Straße forderten sie mehr Geld und bessere Arbeitszeitregelungen.

Dafür sind sie bereit zu kämpfen. „Seid Ihr bereit zu 24-stündigen Warnstreiks“, fragte Ute Herkströter, Erste Bevollmächtigte der Gewerkschaft in Bielefeld. Die Zustimmung der Kundgebungs Teilnehmer war ohrenbetäubend. Heute wird in Baden-Württemberg erneut verhandelt. Von dem Ergebnis hängt ab, ob es zu einer Ausdehnung der Streiks oder sogar zur Urabstimmung über unbefristete Arbeitskämpfmaßnahmen kommt.

Die Gewerkschaft macht Druck und die Mitglieder sind offenbar zur Auseinandersetzung bereit. 300 Teilnehmer mehr als erwartet kamen gestern zu der Aktion. Rund 20.000 Beschäftigte zählt die Metall- und Elektrobranche im IG Metall-Bereich Bielefeld,



Mit Trillerpfeife: Zusammen mit 1.800 weiteren Gewerkschaftern sorgt ein IG Metall-Mitglied für Lautstärke. FOTO: CHRISTIAN WEISCHE

Altkreis Halle und Schloß Holte. Die Gewerkschaft hat nach eigenen Angaben rund 11.000 Mitglieder in den Betrieben.

Sechs Prozent mehr Lohn fordert die Gewerkschaft und will, dass Beschäftigte einen Anspruch erhalten, ihre Wochenarbeitszeit für maximal zwei Jahre auf 28 Stunden zu verkürzen. Zudem sollen sie das Recht auf Rückkehr in die Vollzeit bekommen, „damit sie nicht in der Teilzeitfalle hängen bleiben“, so Knut Giesler, Verhandlungsführer der IG Metall in NRW. Die Arbeitgeber bieten zwei Prozent und

200 Euro Einmalzahlung. Das sei eher ein Hohn, aber „keine Wertschätzung“, wettete Giesler.

Besonders umstritten: Die IG Metall möchte, dass Beschäftigten, die ihre Arbeitszeit verkürzen, ein Entgeltzuschuss gezahlt wird, wenn sie Kinder betreuen oder Angehörige pflegen. Für die Arbeitgeber ist das eine „Stilllegungsprämie für Facharbeiter.“

Die Gewerkschaft verweist auf drei Millionen Pflegebedürftige in Deutschland. 1,5 Millionen würden von Angehörigen betreut. „Doch das

müssen sich die Menschen auch leisten können“, so Knut Giesler. Ute Herkströter betonte: „Gerade die Familienunternehmen in OWL müssen soziale Verantwortung übernehmen, auch wenn sie dafür in die Kasse greifen müssen.“ Die IG Metall sei fast eine Marketingabteilung der Unternehmen. Denn die Forderung nach der Möglichkeit zur Arbeitszeitverkürzung mache die Metall- und Elektroindustrie attraktiver und begegne so dem Facharbeitermangel.

Giesler ging auch auf ein Gutachten ein, mit dem die Arbeitgeberseite die Rechtmäßigkeit von Entgeltzuschlägen für Beschäftigte bestreitet, die ihre Arbeitszeit verkürzen würden. Wer Tarifverhandlungen vor Gericht bringen wolle, dem gingen offenbar die Argumente aus. „Die Antwort darauf gibt es auf der Straße“, rief er die Metaller zu weiterer Streikbereitschaft auf.

Giesler verteidigte auch die Forderung nach mehr Geld: „Die Wirtschaft ist noch nie zusammengebrochen, weil es Tarifierhöhungen gab.“ Die Binnennachfrage sei die Stütze der Konjunktur. „Dafür sorgen sechs Prozent mehr Lohn. Und die sind wir auch wert.“

Interview: Ute Herkströter, Bevollmächtigte der IGM Bielefeld

Frau Herkströter, besonders an der Forderung nach der kurzen Vollzeit – der Arbeitszeitreduzierung auf 28 Stunden mit Lohnzuschlag in bestimmten Fällen – entzündet sich der Streit mit den Arbeitgebern. Gibt es Verhandlungsspielraum?

HERKSTRÖTER: Wir wollen alle drei Forderungen, also Tarifierhöhung, 28-Stunden-Regelung und Zuschuss in bestimmten Fällen, über die Zielinie bringen. Einzelheiten müssen ausgehandelt werden.

Kleinere Unternehmen können eine 28-Stunden-Regelung möglicherweise organisatorisch nicht stemmen. Besteht die Gefahr, dass die aus der Tarifgemeinschaft austreten, falls die kurze Vollzeit verbindlich würde.

HERKSTRÖTER: Im Mo-

ment habe ich in Bielefeld und OWL noch nicht gehört, dass Betriebe deshalb austreten würden. Ich bin sicher, dass wir in den Tarifverhandlungen wie immer für jede Betriebsgröße



Kämpferisch: Ute Herkströter.

FOTO: CHRISTIAN WEISCHE

eine passende Lösung finden werden.

Bringt das dann eine Mehrklassengesellschaft für die rund 3,9 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in Deutschland: Die einen könnten die Regel in Anspruch nehmen, andere aber nicht?

HERKSTRÖTER: Im Grundsatz soll der Anspruch auf kurze Vollzeit für alle gelten. Wie in der Vergangenheit müssen aber Lösungen in Einzelfällen gesucht werden.

Falls Beschäftigte ihre Arbeitszeit auf 28 Stunden reduzieren könnten, würden Lücken in den Betrieben entstehen. Wie sollen die gefüllt werden?

HERKSTRÖTER: Es wird eine Ankündigungsfrist geben für

Fälle, in denen die kurze Vollzeit in Anspruch genommen wird. Es gibt ja bereits Möglichkeiten zur Arbeitszeitreduzierung, die funktionieren.

Befürchten Sie nicht, dass Unternehmen, Lücken durch Leiharbeit oder befristete Arbeitsverträge schließen?

HERKSTRÖTER: Zunächst einmal kommt es auf das Personal- und Zeitmanagement in den Unternehmen an. Die Frage heißt doch, ob man tatsächlich einen Personalausgleich braucht. Schon heute reagieren viele Betriebe auf Konjunkturschwankungen, indem im Jahresverlauf Arbeitszeiten phasenweisen verlängert oder gesenkt werden. Da wird nicht durchgängig 35 Stunden pro Woche gearbeitet. (bast)